

Pressemitteilung

Nr.: 091/2024

Potsdam, 23. Mai 2024

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

Pressesprecher: Gabriel Hesse

Telefon: +49 331 866-5040

Mobil: +49 170 45 38 688

Internet: <https://msgiv.brandenburg.de>

X: https://twitter.com/MSGIV_BB

YouTube: https://www.youtube.com/@MSGIV_BB

Mail: presse@msgiv.brandenburg.de

Staatssekretärin Töpfer würdigt Arbeit der Schuldnerberatung

Landesarbeitsgemeinschaft feiert zehnjähriges Bestehen

Sie helfen Menschen, die in der Schuldenfalle stecken: Auf einer Tagung anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens hat Verbraucherschutzstaatssekretärin Antje Töpfer heute in Potsdam das Wirken der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Schuldner- und Insolvenzberatung Brandenburg e.V. gewürdigt. Der 2014 gegründete Verein ist ein Zusammenschluss von Schuldner- sowie Insolvenzberaterinnen und -beratern im Land Brandenburg. Die LAG setzt sich für die Interessen ver- und überschuldeter Menschen ein und will das soziale Engagement sowie die professionelle Arbeit der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen unterstützen und stärken.

Verbraucherschutzstaatssekretärin Töpfer: „Ob Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg oder Nahost-Konflikt: Die Krisen der letzten Jahre und die damit verbundenen, teils exorbitanten Kostensteigerungen haben viele Brandenburgerinnen und Brandenburger an den Rand ihrer finanziellen Existenz gebracht – und nicht wenige auch darüber hinaus. Ihrer Fachkompetenz, Ihrem Einfühlungsvermögen und Ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass diese **Menschen wieder eine Zukunftsperspektive bekommen**. Dafür möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken! Ihre Arbeit ist von unschätzbarem Wert und wird heute mehr denn je gebraucht.“

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen stehen Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite. Sie helfen ihnen beim **Abbau ihrer Schulden** und unterstützen sie dabei, wieder ein wirtschaftlich selbstständiges Leben zu führen.

Vom Land Brandenburg sind insgesamt **52 Verbraucherinsolvenzberatungsstellen** anerkannt. Zur Finanzierung ihrer Tätigkeit stellt das Land jährlich rund zwei Millionen Euro zur Verfügung.